



NIEDERSCHRIFT DER SITZUNG

Sitzungsnummer: SB/02/2006
Gremium: Seniorenbeirat
Tag: Mittwoch, 24.05.2006
Ort: Rathaus an der Volme, Sitzungsraum A.201
Beginn: 15:00 Uhr

A. TAGESORDNUNG

I. Öffentlicher Teil

1. Niederschrift der Sitzung am 21.02.2006
2. Mitteilungen
3. Bericht aus dem Sozialausschuss
- Herr Insel -
4. Bericht aus der Landessenorenvertretung, Jahreshauptversammlung am
04.04.2006 in Minden
- Frau Klenke -
5. Die laufenden Preiserhöhungen der Energieversorger
- gem. Anlage -
6. Projekt EFI, Realisierung durch die Freiwilligenzentrale Hagen
- Frau Krause -
7. Stationäres Hospiz in Hagen
- Bericht aus dem Arbeitskreis -
8. Veranstaltung Wohnen im Alter - Bericht aus dem Arbeitskreis Öffentlichkeits-
arbeit
9. Verschiedenes



B. SITZUNGSVERLAUF

I. Öffentlicher Teil

Die Vorsitzende eröffnet die Sitzung um 15:00 Uhr. Sie begrüßt die anwesenden Mitglieder und Gäste, die Referentin Frau Krause von der Hagener Freiwilligenzentrale und die Herren Dorroch und Schwarz von der Mark E. Ferner begrüßt sie als neues ordentliches Mitglied des Beirates Herrn Mike Hermanns von der Fraktion Die Linke.PDS.

1. Niederschrift der Sitzung am 21.02.2006

Gegen die Niederschrift der Sitzung vom 21. Februar werden keine Einwände erhoben.

2. Mitteilungen

Frau Sauerwein berichtet von dem vom 16. bis 18. Mai in Köln stattgefundenen Deutschen Seniorentag. Dieser hat einen außerordentlich großen Zuspruch erfahren; die Workshops waren sehr gut besucht und aus diesem Grunde bedauert sie, dass aus dem Seniorenbeirat nur wenige Mitglieder teilgenommen haben. Themenschwerpunkte waren u.a. das Antidiskriminierungsgesetz, Rentenfragen und soziale Generationengerechtigkeit. Zur Thematik Zukunft des Wohnens im Alter hat die Bundesregierung angekündigt, mobile Kompetenzteams zu fördern. Die geförderten Mehrgenerationenhäuser sollen als Anlauf- und Beratungsstellen fungieren.

Herr Verrieth teilt mit, dass das Regionaltreffen der Landesseniorenvertretung im Bezirk Arnsberg am 20. September 2006 in Hagen im Hause des DRK, Feithstraße 36, stattfinden wird.

Herr Göcke berichtet über seine Teilnahme am Richtfest des HKT in Altenhagen. Dort wurden 43 alten- und behindertengerechte Wohneinheiten errichtet, darunter 7 Wohnungen für Gruppenwohnen.

3. Bericht aus dem Sozialausschuss

- Herr Insel -

Herr Insel berichtet über die Sitzung des Sozialausschusses vom 23.05.2006. Auf Antrag der SPD-Fraktion wurden in zweiter Lesung Empfehlungen für die Errichtung teil- und vollstationärer Einrichtungen der Altenpflege in Hagen mit Mehrheit beschlossen. Demnach sind teil- und vollstationäre Einrichtungen der Altenpflege bereits in der Planungsphase mit dem zuständigen örtlichen Träger der Sozialhilfe abzustimmen. Bei dieser Abstimmung sind folgende Empfehlungen anzuwenden:

- Die gesetzlich vorgeschriebene Größe von 80 Plätzen, davon 80% in Einzelzimmern, muss eingehalten werden.



- Alle Wohnquartiere in der Stadt sind zu berücksichtigen, d.h. dezentrale Angebote sind vorzuhalten.
- Die Einrichtung muss mit dem ÖPNV problemlos erreichbar sein.
- Bewohnerinnen und Bewohner mit Gehhilfen und Rollstühlen müssen das direkte Umfeld selbständig und eigenverantwortlich erkunden können.
- Der Träger der Einrichtung legt der Fachverwaltung ein Konzept über inhaltliche Schwerpunkte vor.
- Pflegekonferenz, Seniorenbeirat, Bezirksvertretung, Stadtentwicklungsausschuss und Sozialausschuss sind zu beteiligen.

Frau Sauerwein schlägt vor, den Tagesordnungspunkt 5 als Tagesordnungspunkt vorzuziehen. Gegen diesen Vorschlag ergehen keine Einwände.

4. Die laufenden Preiserhöhungen der Energieversorger - gem. Anlage -

Herr Dorroch erläutert anhand einer Präsentation die Entwicklung des Energiemarktes. Demnach wurde dieser in der Vergangenheit ausschließlich von Monopolbetreibern beherrscht. Nach der Liberalisierung der Energiemärkte stellte sich das System für den Kunden im Kostenvergleich als unüberschaubar dar. Nach einer Phase der Konsolidierung ist nunmehr eine Regulierungsphase eingetreten. Zwischen den Jahren 2002 und 2006 haben sich die rechtlichen Rahmenbedingungen durch die Einrichtung von landesrechtlichen Regulierungsbehörden verändert. Die Mark-E hat daraufhin Netzwerkgesellschaften gegründet, sodass der Energiekunde zwar nunmehr mehrere Vertragspartner, aber in der Praxis weiterhin nur einen Ansprechpartner hat. Seit dem Jahre 1998 sind die steuerlichen Abgaben auf die Energiepreise durchschnittlich um 10% gestiegen. Als weitere Gründe für die Energiepreiserhöhungen nennt Herr Dorroch u.a. den beschlossenen Ausstieg aus der Kernenergiewirtschaft bis 2020, den massiven Preisanstieg an den Börsen, die Verteuerung fossiler Brennstoffe und die notwendigen Investitionen in neue Kraftwerke. Ein Preisvergleich der allgemeinen Tarife der Energieversorgungsunternehmen von März 2006 hat ergeben, dass die Mark-E im Landesvergleich NRW zwar derzeit der zweit teuerste Anbieter ist, die Regulierungsbehörde im Wirtschaftsministerium NRW aber die Tarife genehmigt hat.

An der sich anschließenden Diskussion beteiligen sich Frau Domröse, Frau Klenke, Frau Sauerwein, Herr Dorroch, Herr Klasen, Herr Thielmann und Herr Schwarz.

Herr Thielmann bedankt sich für die Ausführungen und bittet Herrn Dorroch, den Vortrag in kurzer Form der Geschäftsführung zuzuleiten. Herr Klasen verweist auf seinen Antrag und stellt fest, dass für den Endverbraucher die Kundeninformation der Mark-E zu wenig Transparenz bezüglich der Begründungen der Energiepreiserhöhungen enthalten. Zudem stellt er die Frage in den Raum, wie die Mark-E mit Kunden verfähre, die sich mittels schriftlicher Eingabe weigern, die Energiepreiserhöhungen hinzunehmen, insbesondere auch die Kunden, welche finanzielle Transferleistungen beziehen. Herr Schwarz weist den Vorwurf der Kostenintransparenz mit der Begründung zurück, dass insbesondere die Energieleister durch die Einrichtung der Regulierungsbehörden gezwungen sind, Kostentransparenz darzustellen. Die Kundenwidersprüche zur Ener-



giepreiserhöhung werden akzeptiert; in Einzelfällen, wie zum Beispiel bei Hartz-IV-Empfängern, können z.B. Ratenzahlungen vereinbart werden. Aber es wird nicht akzeptiert, wenn nicht gezahlt wird. Die Frage von Frau Klenke, in welcher Höhe die Mark-E Ausgaben für Werbung und Sponsoring betreibt, beantwortet Herr Schwarz dahingehend, dass sich dieser Betrag im Marginalbereich bewegt. Abschließend weist er nochmals darauf hin, dass sich die Energiemärkte in einem globalen Wettbewerb befinden und Existenzgefährdungen den Verlust von Arbeitsplätzen bedeuten.

Frau Sauerwein bedankt sich bei den Herren Dorroch und Schwarz für ihre Ausführungen.

5. Bericht aus der Landessenorenvertretung, Jahreshauptversammlung am 04.04.2006 in Minden

- Frau Klenke -

Die Landessenorenvertretung NRW feierte mit ihren derzeit 126 Mitgliedern ihr 20-jähriges Bestehen in der Jahreshauptversammlung in der Mindener Stadthalle. Anlässlich der zwanzigsten Jahreshauptversammlung wurde diese mit einem Festakt eröffnet, an dem der Vertreter des Ministeriums, Herr Fettweis, teilnahm. Die Landessenorenvertretung konnte im Jahr 2005 um sechs Mitglieder erweitert werden. Die Zahl der Beisitzer wurde von zwei auf nunmehr vier erhöht. Der Jahreshaushalt beträgt für das Rechnungsjahr 2006 126.500 €. Dem Vorstand lagen 18 Anträge zur Tagesordnung vor. Der Antrag, in Pflegeheimen festangestellte Ärzte zu beschäftigen, wurde aus Gründen der freien Arztwahl abgelehnt. Weitere Anträge bezogen sich auf den geforderten Ausbau der Palliativmedizin, die Verbesserung der Überleitung von Krankenhauspatienten in die Kurzzeitpflege, die Intensivierung von Angeboten im Bereich Bewegung und Sport für Senioren, die Entwicklung der Altersrenten und Rentengerechtigkeit, Schriftgrößen von Fahrplänen und Lichtanzeigen der Bundesbahn. Die Landessenorenvertretung hat sich schwerpunktmäßig zum Ziel gesetzt, den Aufbau weiterer Seniorenvertretungen zu fördern, diese zu unterstützen und zu beraten, die Vertretung auf der landespolitischen Ebene zu intensivieren und Öffentlichkeitsarbeit zu leisten. Die Jahreshauptversammlung 2007 wird in Kerpen stattfinden.

6. Projekt EFI, Realisierung durch die Freiwilligenzentrale Hagen

- Frau Krause -

Frau Krause nimmt Bezug auf die Ausführungen von Frau Stratmann in der Beiratssitzung am 21.02.2006. Sie gibt bekannt, dass der Landeshaushalt inzwischen verabschiedet worden ist und im MAGS derzeit interne Abstimmungsgespräche bezüglich der Förderung von weiteren EFI-Projekten stattfinden.

Demnach können zwei Ansätze verfolgt werden, indem das Projekt von der Kommune vorgegeben wird oder sich Senioren Projekte frei wählen können. Sie teilt mit, dass für den Fall der Nichtlandesförderung die Freiwilligenzentrale Vorstellungen entwickelt hat, das Projekt in einer „abgespeckten“ Form in Hagen zu realisieren und bittet den Beirat um Mitteilung und Vorschläge, welche Schwerpunkte für Hagen in Betracht kommen könnten.

An der sich anschließenden Diskussion beteiligen sich Frau Krause, Frau Opitz, Herr Kattwinkel und Herr Thielmann.



Frau Opitz verweist auf das Projekt Wohnen in der VHS und regt an, ein Netzwerkprojekt in einem Hagener Stadtteil für hilfebedürftige ältere Menschen zu installieren. Herr Thielmann fragt nach der Rolle der Freiwilligenzentrale in dem EFI-Projekt und bezieht sich auf die schriftliche Aussage gegenüber Herrn Dr. Schmidt, dass die Freiwilligenzentrale für die Durchführung nicht über die erforderlichen Personalressourcen verfügt. Frau Krause weist darauf hin, dass das EFI-Projekt in der Freiwilligenzentrale bezüglich einer möglichen Umsetzung diskutiert wird. Ziel ist es, das Programm auf jeden Fall durchzuführen, unter Umständen in veränderter Form. Sie bittet die Beiratsmitglieder, so schnell wie möglich Projektvorschläge an die Freiwilligenzentrale abzugeben.

7. Stationäres Hospiz in Hagen

- Bericht aus dem Arbeitskreis -

Herr Verrieth berichtet aus der Sitzung der Arbeitsgruppe Stationäres Hospiz in Hagen am 19.04.2006. An dieser Sitzung haben neben Beiratsmitglieder, VertreterInnen der Verwaltung, Frau Dingerkus von der Alphastelle Münster, Frau Stoppa vom ambulanten Hospiz des Caritasverbandes und Herr Dr. Jaenckner von der Initiative Stationäres Hospiz in Hagen, teilgenommen. Die Frage nach dem Bedarf an einem stationären Hospiz in der Stadt Hagen konnte nicht eindeutig geklärt werden, da für die Stadt Hagen zur Zeit kein verlässliches Datenmaterial über Palliativpatienten vorliegt. Die Finanzierung eines stationären Hospizes ist nach den derzeitigen Förderungsmöglichkeiten nicht kalkulierbar. Das ambulante Hospiz des Caritasverbandes versorgt jährlich etwa 120 Palliativpatienten, von denen durchschnittlich lediglich acht Patienten in ein stationäres Hospiz in der Hagener Umgebung verlegt werden mussten. Eine notwendige auswärtige Unterbringung bereitet in der Praxis keine Schwierigkeiten, da in der Umgebung von Hagen bereits mehrere Hospize bestehen. Seitens der Alpha-Stelle wurde darauf aufmerksam gemacht, dass das Land NRW im Sommer 2006 neue Förderrichtlinien herausgeben wird. An der sich anschließenden Diskussion beteiligen sich Frau Klenke, Frau Opitz, Frau Sauerwein, Frau Schmidt, Herr Thielmann, Herr Wegener und Herr Verrieth.

Es wird festgestellt, dass zwar die Einrichtung eines stationären Hospizes in Hagen wünschenswert ist, aber Fragen der Finanzierung und des Bedarfs nicht geklärt werden können. Auch wird deutlich gemacht, dass die Diskussion um ein stationäres Hospiz in Hagen sich noch über einen langen Zeitraum erstrecken wird. Frau Sauerwein regt an, seitens des Arbeitskreises persönlichen Kontakt zu dem Lüdenscheider Hospiz aufzunehmen, um aus deren Erfahrungen profitieren zu können. Herr Thielmann nimmt Bezug auf die Februarsitzung und macht deutlich, dass die Thematik in Hagen nicht ohne Beteiligung der Verbände geführt werden kann. Eine enge Kooperation ist daher anzustreben. Frau Sauerwein stellt dagegen fest, dass die Verbände, die Hospizbewegung und der Palliativ-Arbeitskreis bereits in der gemeinsamen Diskussion stehen. Herr Verrieth teilt mit, dass im Arbeitskreis festgestellt worden ist, dass in der Stadt Hagen alle Voraussetzungen für eine vernetzte Versorgung von Palliativpatienten gegeben sind, die Initiativen aber noch enger kooperieren müssen. Der Caritasverband hatte bereits die Absicht verfolgt, in Haspe ein stationäres Hospiz zu errichten, ist aber aus den genannten Finanzierungsunsicherheiten von dem Projekt zurückgetreten. Herr Wegener berichtet, dass er bezüglich der



Kostenfrage und des Bedarfs Kontakt zu einem Vertreter der AOK Westfalen-Lippe aufgenommen hat. Auf seine Anregung hin soll diese Thematik in der nächsten Tagung der Regionaldirektion gesetzt werden. Frau Opitz regt an, zu einer der nächsten Sitzungen eine Übersicht über die Personalkosten, Räumlichkeiten etc. in anderen Hospizen zu erstellen. Frau Schmidt macht deutlich, dass die stationären Hospize unter die Regelungen des Heimgesetzes fallen. Die personellen und räumlichen Anforderungen werden von der Heimaufsicht geprüft. Die Finanzierung der Hospize erfolgt nach § 39a SGB V. Danach gestaltet sich die Finanzierung durch die Krankenkassen, anteilig durch die Pflegekassen und der Eigenbeteiligung der Hospizträger. Demnach kann der Zuschuss einen Höchstbetrag von 90% der zuschussfähigen Kosten betragen, mindestens 10% müssen als Eigenanteil des Hospizträgers aufgebracht werden. Dieser Anteil muss in der Regel durch Spendeneinkünfte erwirtschaftet werden, da er den Patienten nicht in Rechnung gestellt werden darf. Sie verweist auch auf die Problematik der Zeiten möglicher Leerstände, in denen das Personal finanziert werden muss. Frau Klenke stellt die Frage, ob in einem stationären Hospiz der Einsatz ambulanten Personals möglich ist. Herr Verrieth teilt mit, dass in einem solchen Fall der ambulante Dienst keine Abrechnungsmöglichkeiten hat, Es besteht Einvernehmen, die Thematik im Arbeitskreis weiter zu vertiefen.

8. **Veranstaltung Wohnen im Alter - Bericht aus dem Arbeitskreis Öffentlichkeitsarbeit**

,Herr Verrieth teilt mit, dass der Arbeitskreis Öffentlichkeitsarbeit in seiner Sitzung am 11. Mai 2006 beschlossen hat, die Thematik Wohnen im Alter auf den Stadtteilebenen fortzusetzen.

Die Veranstaltung wird im Oktober 2006 im Bürgersaal an der Bahnstraße in Hohenlimburg stattfinden. Die Veranstaltung soll am frühen Nachmittag beginnen. Gespräche mit dem Hohenlimburger Bauverein sind bereits im Vorfeld geführt worden. Dieser wird sich auch mit Referenten beteiligen. Weitere Referenten sind angefragt. Die Moderation wird Frau Jutta Stratmann von PROSE übernehmen. Ein Ausstellungsrahmen von Anbietern im Umfeld ist vorgesehen. Die Pflege- und Wohnberatung ist beteiligt. Das Netzwerk Demenz soll im Rahmen der Veranstaltung vorgestellt werden.

9. **Verschiedenes**

Frau Klenke berichtet, dass die Vorsitzende der Landesseniorenvertretung, Frau Dr. Renn, die Forderung, die Seniorenvertretungen in die Gemeindeordnung NRW einzubinden, zur Zeit nicht mehr explizit verfolgt.

Herr Kattwinkel äußert Kritik an der Hagener Straßenbahn nachdem er festgestellt hat, dass in Hagen Haspe zwei Buslinien entfallen sind. Zudem vermisst er an der Haltestelle Hestertstraße Sitzmöglichkeiten für Fahrgäste. Frau Klenke und Frau Opitz weisen diesbezüglich auf die Beschwerdemöglichkeiten bei der Kundenbörse und über die Hotline der Hagener Straßenbahn hin. Es wird vereinbart, diese Thematik in einer der nächsten Sitzungen aufzugreifen. Frau Werkmüller weist auf den Aktionstag Seniorensport am 27. Mai 2006 hin und bittet die Mitglieder um Teilnahme und Weitergabe der Information.



Ende der Sitzung: 17.10 Uhr



C. ANWESENDE

<u>Name</u>	<u>Bemerkungen</u>
-------------	--------------------

Frau Brinkmann, Hildegard
Frau Domröse, Irmgard
Frau Fenselau, Elisabeth
Herr Göcke, Manfred
Herr Hermanns, Mike
Herr Insel, Norbert
Frau Jaschke, Margret
Frau KLenke, Margot
Herr Kattwinkel, Friedhelm
Herr Klasen, Günter
Herr Klein, Hans-Jürgen
Frau Opitz, Margit
Frau Sauerwein, Ruth
Herr Thielmann, Fritz Otto
Frau Verbeek, Helmi
Herr Wegener, Wolfgang
Frau Wiewiorka, Beate

Vorsitzende/r

RVerrieth
Schriftführer/in